

Die ökumenische Diskussion über Militarismus und Rüstung

— Politische Perspektiven —

VON BERNHARD MOLTSMANN

1. Die Situation

Die Dynamik der Beschäftigung mit dem Frieden findet ein gegensätzliches Echo: Die einen sehen sie euphorisch als Beginn notwendiger Veränderung, die anderen fürchten sie als Zeichen der Kopflosigkeit, der zunehmenden Instabilität. Ob in diesem Fall die Wahrheit in der Mitte liegt, ist offen. Christen und Kirchen, Initiativgruppen und Institutionen stehen — so oder so — vor der Aufgabe, an dem Frieden als der „Lebensbedingung des technischen Zeitalters“¹ mitzuarbeiten. Dazu gehört vordringlich die Auseinandersetzung mit den lebensbedrohenden Faktoren, wie sie von Kriegen, Rüstung oder gewaltsamer Unterdrückung ausgehen. Diese Faktoren — zusammengefaßt mit den Stichworten von Militarismus und Rüstung — beherrschen den politischen Alltag ebenso wie die Furcht und Ängste des einzelnen Menschen oder den Umgang mit technischen Möglichkeiten und Ressourcen. Der Weltrat der Kirchen (ÖRK), der im folgenden im Mittelpunkt der Betrachtung stehen soll, hat mit seinen Erklärungen, Programmen und Dokumenten neben wichtigen Voten aus dem Bereich der katholischen Kirche ein breites Feld für das Engagement abgesteckt.

Will man heute über den Beitrag der Ökumene zur Überwindung von Militarismus und Rüstung nachdenken, so kann dies nur geschehen, wenn man sich zumindest skizzenhaft die heutige Situation vergegenwärtigt:

- Das Ausmaß von Rüstung entzieht sich jeder Vorstellung, die sich noch an traditionellen Zerstörungspotentialen orientiert. So sind im Jahr 1980 insgesamt circa 550 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben worden, das entspricht Aufwendungen von etwas mehr als einer Million Dollar in einer Minute. Diese Mittel werden zu über 70 % von den beiden militärischen Blöcken, dem Warschauer Pakt (26 %) und der NATO (43 %) aufgebracht.²
- Im Schatten des weltweiten Rüstens und der wachsenden Gefahr kriegsrischer Auseinandersetzungen wächst die ökologische Krise. Die End-

lichkeit der Ressourcen zeigte sich in der breiteren Öffentlichkeit westlicher Industriestaaten zunächst beim Erdöl, hat aber inzwischen auf alle elementaren Güter übergegriffen, wie Wasser oder Luft.³ Jährlich sterben 18 Millionen Menschen an fehlendem oder schlechtem Trinkwasser. Etwa 790 Millionen Menschen leiden an Krankheiten, die durch Wasserknappheit oder verschmutztes Wasser bedingt sind. Für eine Mindestversorgung der bewohnten Gebiete mit Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sind, so schätzt die Weltgesundheitsorganisation, 14 Milliarden US-Dollar nötig.⁴

- Die Dimensionen der heutigen Bedrohung der Menschen werden darüber hinaus deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß derzeit über 800 Millionen Menschen in extremer Armut leben, das heißt, ständig Hunger leiden, während in der Bundesrepublik über 50 % der jährlichen Todesfälle auf falsche oder übermäßige Ernährung zurückzuführen sind.⁵ Viele Arme sind so unterernährt, daß sie nicht hart arbeiten können, in ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung behindert sind und sie kaum über Widerstandskräfte gegenüber Krankheiten verfügen. Von den „absolut“ Armen leben 50 % in Südasien, 16 % in Südostasien, 16 % in Afrika südlich der Sahara und 18 % in Lateinamerika.⁶ Die Chance der Ärmsten aller Armen, ihre Situation zu verändern, ist gering, obwohl die Knappheit an Nahrungsmitteln nicht eine Knappheit der Produktion ist, sondern das Ergebnis der Verteilung und der weltwirtschaftlichen Strukturen, die sich teilweise in den einzelnen Entwicklungsländern fortsetzen. Zur Zeit öffnet sich die Schere zwischen den Industriestaaten und den „entwickelten“ Entwicklungsländern einerseits und den „unterentwickelten“ Entwicklungsländern andererseits in einem Maße, daß eine Integration der Interessen und eine für die Beteiligten fruchtbare Kooperation kaum denkbar erscheint, wenn sich nicht die grundlegenden Bedingungen ändern.⁷
- Im globalen politischen Zusammenhang schwinden die Möglichkeiten, Verfahren zu etablieren, die es Menschen erlauben, sich an für sie relevanten Entscheidungen zu beteiligen. Die wachsende Militarisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens steht dem entgegen. Sie zeigt sich einerseits darin, daß „militärische Werte, Ideologien und Verhaltensmuster einen bestimmenden Einfluß auf die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Angelegenheiten eines Staates erhalten mit der Folge, daß die strukturellen ideologischen und verhaltensmäßigen Muster sowohl der Gesellschaft als auch der Regierungen „militarisiert“ werden“.⁸ So lautet die an den Phänomenen

der Militarisierung orientierte Beschreibung der Entwicklung, wie sie während der Militarismus-Konsultation des ÖRK in Glion im November 1977 erarbeitet wurde. Die Militarisierung ist andererseits die Folge einer strukturellen Krise in Wirtschaft und Gesellschaft, der von seiten der Machthaber nicht mehr anders begegnet werden kann als mit der Anwendung brutaler Gewaltmittel.⁹ Trotz gewachsener öffentlicher Aufmerksamkeit gehen die Fälle von Folterung nicht zurück und steigt die Zahl der Regime, in denen Militärs offen oder verdeckt den Ton angeben.¹⁰

Wenn diese Entwicklungen, die die heutige Situation kennzeichnen, sich fortsetzen, mögen sich Erwartungen von Wissenschaftlern im Jahre 2000 bestätigen. Kriege sind weiterhin Realität, weitere Kriege sind denkbar. So wird in den kommenden zwanzig Jahren mit mindestens 259 militärischen Konfrontationen gerechnet, von denen wenigstens 11 in größeren Kriegen enden werden. Ferner werden zunehmende kollektive Proteste und innerstaatliche Konflikte, vor allem in Asien und Afrika, erwartet.¹¹

Die genannten Angaben zur gegenwärtigen Lage und deren möglicher weiterer Entwicklung bestätigen jene Befürchtungen, die die Teilnehmer der 5. Vollversammlung des ÖRK im Jahr 1975 in die „Erklärung zur Welt-rüstungssituation“ hineingeschrieben hatten. Aus ihr ist in der Zwischenzeit das „Programm für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten“ hervorgegangen. Unter dem Dach dieses Programmes sind die Aktivitäten von seiten des ÖRK thematisch und organisatorisch zusammengefaßt worden. Dazu zählen unter anderem:

- die Konsultation über Militarismus im November 1977 (Glion I); die Konsultation über Wettrüsten und Chancen der Abrüstung im April 1978 (Glion II);
- die Begleitung der Sondergeneralversammlungen der Vereinten Nationen zur Abrüstung in den Jahren 1978 und 1982;
- die Konferenz über „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“ mit ihrer Sektion „Wissenschaft und Technik, politische Macht und eine gerechte Weltordnung“ im Jahr 1979;
- die Stellungnahmen des Zentralausschusses während seiner Tagungen in den Jahren 1980 und 1981;
- die öffentliche Anhörung über die Entwicklung atomarer Waffen und die Bedingungen für Abrüstung, Amsterdam im November 1981.

Die inhaltliche Arbeit stützt sich auf eine Analyse der heutigen Situation, die folgende Aspekte herausstellt:

- a) Während im Bereich der atomaren Waffen ein Einsatz zwar möglich, aber bislang unwahrscheinlich war, wachsen die Gefahren, daß ein begrenzter Nuklearkrieg denkbar und damit realisierbar wird.
- b) Im Bereich der waffentechnischen Entwicklung sind besondere Fortschritte bei den „entmenschlichten Waffen“ (dehumanizing weapons) erzielt worden. Abgesehen davon, daß jede Waffe grundsätzlich unmenschlich ist, verheißt der Einsatz dieser Waffenarten besonders grausame Konsequenzen für die Opfer.
- c) Im weltweiten Zusammenhang ist es bisher nicht gelungen, ein wirksames Regime zur Kontrolle der nuklearen Proliferation zu installieren. Die militärischen und zivilen Interessen an Kernenergie lassen sich vielfach kaum auseinanderhalten.

Daraus leiten die Führungsgremien des ÖRK verschiedene politik-relevante Forderungen ab:

- a) Die Führer der beiden Supermächte sollten in einem Treffen den Anfang ernsthafter Abrüstungsverhandlungen setzen. Um den Abrüstungswillen glaubhaft zu machen, sind verantwortbare einseitige Schritte zu unternehmen.
- b) Die bereits vorhandenen friedenserhaltenden Einrichtungen (peace-keeping machinery) der UN und regionaler Zusammenschlüsse sollen gestärkt werden. Etablierte Konferenzebenen sollten wiederbelebt und verdichtet werden. In einem solchen Prozeß können mittlere und kleine Mächte eher ihre Interessen gegenüber den Großmächten zur Geltung bringen.
- c) Der Prozeß der internationalen Vertrauensbildung wird durch die Schaffung atomwaffenfreier Zonen gefördert werden. Dies ist ein Prüfstein für die friedlichen Absichten der Staaten, die bereits im Besitz der Kernwaffen sind oder sich gerade in den entsprechenden Kenntnisstand bringen.
- d) Die anstehende 2. Tagung der UN-Generalversammlung über Abrüstung bietet Anlaß, die internationalen Abrüstungsbemühungen zu verstärken und gleichzeitig in der Öffentlichkeit zu verankern. Das Programm der Tagung sieht vor, die Verantwortung der Regierungen für Kriegsverhütung und Abrüstung gegenüber der Menschheit allgemein, vor allem aber auch gegenüber ihren Bevölkerungen stärker ins Bewußtsein zu bringen.
- e) Die vorrangige Aufgabe, das weltweite Rüsten zu beenden, ist nur realisierbar, wenn gleichzeitig ein fairer und offener Anlauf unternommen wird, um eine gerechtere Beziehung zwischen Nord und Süd herzustellen.

len. Das Recht der Menschen, Situationen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ausbeutung und Ungerechtigkeit zu verändern, verdient Unterstützung.

Parallel dazu arbeiteten eine Vielzahl lokaler und regionaler Gruppen an den Themen, die das Programm skizziert hatte.¹² Wenn trotz der ungezügelten Steigerung der Rüstung und der Militarisierung in der Welt die Initiative des Programmes nicht erfolglos gewesen ist, so ist dies der breiten Resonanz zu verdanken, die die wiederaufgelebte kirchliche Diskussion in der Öffentlichkeit vieler Länder gefunden hat. Die Debatten über Krieg und Frieden, die Beispiele von gewaltfreiem Handeln oder die praktischen Erfahrungen der Friedensarbeit trugen dazu bei, einer bereits von der Rüstung und dem Kriegsdenken scheinbar erdrückten Bewegung, der „Friedensbewegung“, neues Leben zu geben. Die entflammte Diskussion, ob heute ein Pazifismus möglich ist, hat dessen unterschiedliche Traditionen aufgedeckt. Sie reichen über die konstruierte Kontroverse zwischen Pazifismus und Militarismus hinaus und verweisen auf den Zusammenhang zwischen der Totalisierung des Kriegsgeschehens und der gleichzeitig wachsenden Ablehnung dieser Entwicklung, in welcher Gestalt auch immer.¹³ Heute scheint gar der Punkt erreicht, an dem die wuchernde „Weltmilitärordnung“ (J. Øberg) zum ersten Mal an unerwarteter Stelle auf Widerstand stößt und ihr bestritten wird, legitim zu sein und sich auf breiten gesellschaftlichen Konsens zu stützen.

2. Die Probleme

Angesichts der eingangs skizzierten Situation fällt es immer schwerer, Akzente einer inhaltlichen Auseinandersetzung einfach der Reihe nach aufzuschreiben und damit festzulegen. Die Gegensätze einerseits, die Zusammenhänge andererseits zwingen dazu, die Komplexität der Verhältnisse in der einen oder anderen Form in das Denken und Handeln aufzunehmen. Dies gilt um so mehr, wenn sich eine so vielfältige Gemeinschaft, wie die im ÖRK zusammenarbeitenden Christen und Kirchen, der gegenwärtigen Herausforderung durch Militarismus und Rüstung stellt.¹⁴ Politische Konflikte, ideologieverdächtige Kontroversen oder sachliche Differenzen drohen in dieser Frage Gesichtspunkte der christlichen Glaubwürdigkeit und kirchlichen Möglichkeiten zu überlagern. In solcher Konstellation liegt es für Christen und Kirchen zudem nahe, sich der real gebotenen Differenzierung zu entziehen und gleich auf die Diskussion grundsätzlicher Kategorien auszuweichen. Es hat in den zurückliegenden Jahren jedoch nicht an Ansätzen

gefehlt, einerseits die Sprachlosigkeit, andererseits die Redseligkeit angesichts drohender Kriegsgefahr, wachsender Rüstungsausgaben und zunehmender Unterdrückung zu überwinden. Verschiedene Worte von Synoden, Kirchenleitungen oder anderen Sprechern geben davon Zeugnis. Vielfach thematisieren sie die Schwierigkeiten, indem sie tentativ Sätze formulieren, von denen offen ist, ob sie sich gemeinsam sagen und nachvollziehen lassen. Ein anderes Verfahren bezieht sich darauf, gemeinsam Fragen zu formulieren, die unterschiedliche Antworten erlauben und aushalten. Im Blick auf die ökumenische Diskussionslage sollen nun sachliche Schwierigkeiten einander gegenübergestellt werden und stehenbleiben. Teilweise schließen sich die Argumente aus, teilweise stehen sie nebeneinander. Die Positionen und die damit verbundenen Realitäten finden oft gleichzeitig Eingang in die allgemeine wie speziell kirchliche Diskussion. Die Tatsache jedoch, daß die Widersprüche so selten ausgeräumt werden können, ist eher auf die zugrundeliegenden Sachverhalte als auf fehlenden Willen oder Kompetenz zurückzuführen. Sollen die Probleme mit einem Gewinn für die Kirchen wie für die Öffentlichkeit weiter reflektiert werden, so wird sich die Auseinandersetzung im Rahmen dieser Widersprüche bewegen müssen. Sie haben inzwischen zum größten Teil bereits Eingang in die ökumenischen Dokumente gefunden, die sich mit den Fragen von Militarismus und Rüstung auseinandersetzen, ohne ihrer jedoch zufriedenstellend Herr geworden zu sein. Trotz der Vielfalt der Probleme seien die Argumente im Blick auf die drängenden Herausforderungen von Militarismus und Rüstung in dreierlei Weise gebündelt: (1) Die Voraussetzungen für politisches Handeln; (2) die Chancen, unter den heutigen Bedingungen der Kriegführung eine militärisch orientierte Sicherheitspolitik zu betreiben; (3) Abrüstungspolitik mit ihren Erfolgsaussichten.

1. Voraussetzungen

Die Welt stellt sich heute mehr denn je als eine Welt kaum zu steuernder Gewaltverhältnisse dar. Die Hoffnungen, durch supra- sowie internationale Institutionen zu einer Eindämmung von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konflikten zu kommen, haben sich nicht bestätigt. Das Kriegsgeschehen läßt sich immer weniger durch

Christen und Kirchen leben in einer von Gewaltverhältnissen bestimmten Welt. Sie haben jedoch die Aufgabe, die Gewalt zu überwinden. Die verheißene Friedensordnung fängt bereits hier und jetzt an. Durch gewaltfreies Dienen in der Welt nehmen die Menschen daran teil. Statt der Betonung der Gegensätze, der Stärke, der Fähigkeit, Ge-

rechtliche Regelungen (Kriegsvölkerrecht, Konventionen) begrenzen. Die Internationalisierung von einmal begrenzten Konflikten befördert die Ausweitung von Gewalt. Die Verursacher von gewaltsamen Vorgängen können nur schwer identifiziert werden.

Die vorhandenen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Spannungen in der Welt haben dazu geführt, verschiedene Konfliktsituationen zu identifizieren: der Ost-West-Konflikt steht dem Nord-Süd-Konflikt gegenüber, den Fachleute schärfer als Nord/West-Süd-Konflikt fassen. Gleichzeitig entwickelt sich der Süd-Süd-Konflikt weiter.

Das politische und wirtschaftliche Geschehen, soweit es sich in Institutionen vollzieht, wird von einer Vielzahl von Akteuren bestimmt. Zu den 154 Staaten, die gegenwärtig Mitglieder der Vereinten Nationen sind, kommen über 2400 internationale Organisationen. Das Wirken transnationaler wirtschaftlicher Unternehmen entzieht sich weitgehend der Kontrolle einzelstaatlicher Instanzen. Strukturen wirtschaftlicher Verflechtung oder Abhängigkeit manifestieren sich staatenübergreifend als Gewaltverhältnisse.

waltnittel einzusetzen und auszuhalten, gewinnen Ziele Vorrang wie Selbstverwirklichung, Aussöhnung, Gleichheit in der Verschiedenheit.

Christen und die von ihnen getragenen Zusammenschlüsse stehen im Alltag in einer Welt von derartigen Gegensätzen. Diesen stellen sie die gemeinsame Weltverantwortung, den grenzüberschreitenden Glauben sowie das wechselseitige Verstehen und Annehmen gegenüber.

Der zunehmende Funktionsverlust einzelstaatlicher Autoritäten sowie das vielfache Auseinanderklaffen von staatlicher Einheit und gesellschaftlicher Identität stellen die christlichen Traditionen, mit staatlicher Autorität umzugehen, in Frage. Christen und Kirchen erleben sich als Handelnde mit einem begrenzten Spielraum. Häufig stehen sie selbst in solcher Abhängigkeit, daß politisch wirksame Artikulationen ihrerseits bereits ihr Leben in Gefahr bringen können. Die strukturelle Gewalt setzt sich dann in persönlich zu erleidende Gewalt um. Mit der wachsenden Zahl politischer Akteure scheint die Zahl der Adressaten eines christlichen Engagements auf dieser Ebene zurückzugehen, es sei denn, Kirchen und

Industrielle Entwicklung, technischer Fortschritt und militärische Modernisierung binden einen großen Teil der wissenschaftlichen Kapazitäten und der verfügbaren Ressourcen. In den Industriestaaten mehren sich die Proteste gegen diese Tendenzen. Die Einsicht in die Endlichkeit der Rohstoffe führt dazu, nach Alternativen zu suchen, bei denen Regeneration bzw. Erhalt der Konditionen im Vordergrund stehen.

2. Umgang mit militärischen Mitteln

Staaten und Gesellschaften wird gemeinhin das Recht auf Verteidigung zugestanden. Die Satzungen des Völkerbundes wie der Vereinten Nationen verbieten zwar den Krieg als Mittel im zwischenstaatlichen Umgang, akzeptieren aber verschiedene Formen des wirtschaftlichen und politischen Drucks, bis hin zur Möglichkeit eines Staates, sich gegen Aggression und Intervention zur Wehr zu setzen. Die Vorbehal-

Christen entdecken andere Partner, um ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen.

Die Unterschiede der wissenschaftlichen Entwicklung und des Zuganges zu relevanten Ressourcen, die zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern herrschen, schreiben Abhängigkeiten fest. Die Ausbreitung von Wissen soll auch die Möglichkeiten der militärisch verwertbaren Erkenntnisse einbeziehen, wenn nicht die Differenzen der Entwicklung fortgesetzt bestehenbleiben sollen. Die Kritik an dem Wettrüsten in der industriellen Welt verbindet sich mit dem Willen zahlreicher Entwicklungsländer, selbst über den Umgang mit Technologie und Ressourcen, einschließlich waffenträchtigen Materials, zu entscheiden. Die Kerntechnologie und der Nichtverbreitungsvertrag (NPT) sind Beispiele dafür.¹⁵

Die Einsicht in die Totalität des Kriegsgeschehens führt dazu, jeder Form von Krieg grundsätzlich eine Absage zu erteilen. Die Annahme, man könne für eine gerechte Sache einen gerechten Krieg mit rechten Waffen führen, ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Man kann auf Gewalt nicht verzichten, wenn man der Rechtsordnung Geltung verschaffen will. Ist der Krieg aber erst einmal ausgebrochen, wird Gewalt in

te, die sich hier Gremien der Vereinten Nationen ausbedungen haben, sind kaum wirksam.

Kriege sind weiterhin Realität, wengleich das Vorhandensein atomarer Waffen der Eskalation des Kriegsgeschehens noch Grenzen setzt.

Das System gegenseitiger Abschreckung der beiden atomaren Supermächte beschreibt den Zustand des ständig drohenden, aber nicht tatsächlichen Krieges. Die Abschreckung funktioniert, wenn Waffen vorhanden sind, deren Einsatz ein unkalkulierbares Risiko auslöst und gleichwohl glaubhaft ist.

Sicherheit gilt als legitimes Bedürfnis von Individuen und Gesellschaften. In gleicher Weise nehmen es auch Staaten in Anspruch und leiten ihre Existenzberechtigung daraus ab. Sicherheit wird vorrangig im Sinne von Schutz gedeutet, der sich durch Anhäufung von Machtmitteln erreichen läßt. Daraus entsteht ein „Sicherheitsdilemma“¹⁷, weil die wechselseitige Bedrohung in dem Grade wächst, in dem alle Staaten sich darauf einlassen. Die Ausweitung von Sicherheitssphären, die Bildung von festen Blocksystemen bis hin zu gesteigerten Waffenexporten setzen die Entwicklung fort. Die Doktrin der „nationalen Sicherheit“ dient als ideologische Stütze.

einem Umfang angewandt, der jede Grundlage von Recht zerstört.¹⁶

Die Abschreckung schreibt die Konfrontation fest und fördert das Wettrüsten. Gleichzeitig steigen die Kosten für die Risiken, die mit Androhung des Waffeneinsatzes auf sich zu nehmen sind, in einem Maße, daß die Glaubwürdigkeit in Frage gestellt ist.

Die internationale Entwicklung liefert den Beweis, daß „Sicherheit“ kein Gut ist, dessen Produktion unbegrenzt gesteigert werden kann. Selbst wenn das Streben nach Sicherheit auch für Staaten berechtigt ist, kann dies nicht ohne Rücksicht auf andere und beschränkt mit militärischen Mitteln erreicht werden. Christen und Kirchen müssen der Versuchung widerstehen, sich mit einem falschen Gefühl von Sicherheit abzufinden. Die Kirchen sollen ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und darauf drängen, daß die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungsmittel gewährleistet wird.¹⁸ Auch innen- und gesellschaftspolitisch darf das Verlangen nach Sicherheit keine Unter-

drückung oder Opferung von Menschenrechten mit sich bringen.

3. *Bedingungen der Abrüstung*

Die Nuklearwaffen haben in der industriellen Welt neue Voraussetzungen geschaffen, um das Verhältnis von militärischen Mitteln und Politik zu bestimmen, denn letztlich machen sie mit ihren Konsequenzen einen Einsatz unmöglich. Im Rahmen einer rationalen und vorhersehbaren Strategie bewähren sie sich als Droh- und Schutzinstrument.

Die relative Stabilität der Machtverhältnisse auf der nördlichen Erdhalbkugel kann nicht allein dem Vorhandensein atomarer Waffen zugeschrieben werden. Die Risiken, die diese Waffen in sich bergen, geraten gegenüber möglichen Risiken einer konsequenten Abrüstungspolitik in Vergessenheit. Zudem wird das Vorhaben der Kriegsverhütung angesichts der waffentechnischen Entwicklung (Miniaturisierung, Präzisierung) immer ungewisser, da sich mehr und mehr die Risiken eines Nuklearwaffeneinsatzes begrenzen und auch ertragen lassen. Unterhalb der Schwelle atomarer Waffen weitet sich die konventionelle Rüstung aus. Gleichzeitig wächst bei Staaten, die derzeit noch nicht über solche Waffen verfügen, der Drang, sich den Zugang dazu zu eröffnen. Diese Entwicklung hat Christen und Kirchen dazu gebracht, sich für den Abbau atomarer Waffenpotentiale einzusetzen. Dazu stehen verschiedene Möglichkeiten offen: Stopp von Erprobung, Entwicklung und Dislozierung von Systemen — Einfrieren vorhandener Bestände — Rüstungskontrollverhandlungen — atomwaffenfreie Zonen.¹⁹

Das Verlangen nach Abrüstung gilt zwar als lautere Forderung, scheidet aber an ihrer Ferne zum politi-

Christen und Kirchen können sich den Realitäten nicht entziehen. Gleichwohl brauchen sie sich nicht

schen Alltag. Dieser ist vom Streben nach Macht und Überlegenheit gekennzeichnet. Die Industriestaaten führen zwar das Wettrüsten an, viele Entwicklungsländer stehen ihnen in der Steigerungsrate ihrer Militärausgaben jedoch nicht nach.

Rüstungskontrolle — das heißt bi- und multilaterale Absprachen, Rüstungsmaßnahmen aufeinander abzustimmen — erweist sich heute als einziger Weg, der unkontrollierten Rüstung der verschiedenen Staaten entgegenzutreten. Rüstungskontrolle ist jedoch nicht mit Abrüstung gleichzusetzen. Es gelingt kaum, tatsächlich Waffenarsenale zu reduzieren. Das Interesse, die mit militärischen Mitteln gestützten Machtverhältnisse zu erhalten, ist stärker als die Bereitschaft, das Risiko von Veränderungen auf sich zu nehmen.

mit der Ohnmacht abzufinden und können für die Abrüstung konsequent eintreten. Ein solches Engagement gilt weniger den militärisch-strategischen Aspekten des Anliegens, sondern bezieht sich auf die Ebenen des Sicherheitsdenkens und die Rechtfertigung getroffener Entscheidungen. Auf Christen wie Kirchen kommt es außerdem zu, auf die zunehmende Diskrepanz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hinzuweisen, die in den Industrieländern angesichts der Ost-West-Spannung wieder in den Hintergrund gedrängt wird.

Es ist unbestritten, daß Abrüstung eine normative Vorgabe für politisches Handeln ist. Die entscheidenden Schritte dazu sind nicht militärischer Natur, sondern bedürfen politischen Willens. Der Erfolg der Abrüstungsbemühungen hängt von der Glaubwürdigkeit ab, mit der das Anliegen vertreten wird. Angesichts der weithin herrschenden Überrüstung sind durchaus einseitige Vorleistungen zu deren Beweis möglich, ohne daß die Sicherheit als solche schon gefährdet wäre. Solche Verhaltensweisen zu ermutigen, ist eine wichtige Aufgabe für Christen und Kirchen. Ihre nationale Grenzen übergreifenden Kontakte befähigen sie dazu ebenso wie die Möglichkeit, sich auf die gemeinsame Grundlage ihres Tuns in dieser Welt zu besinnen. Vertrauensbildung ist der Beginn von Abrüstung.

Die Gegenüberstellung der verschiedenen Positionen angesichts der Herausforderung durch Militarismus und Rüstung offenbarte die Schwierigkeiten der Situation. Sie liegen in der Spannung zwischen Sicherheit und Risiko, zwischen Realität und Norm, zwischen Reflexion und Aktion begründet. In dieser Vielfalt erfordert ein origineller christlicher Beitrag einen hohen Preis, unter dem eine Lösung nicht zu haben sein wird. Angesichts dessen, was auf dem Spiele steht, dürfte er jedoch nicht zu hoch sein.

ANMERKUNGEN

- 1 These 1: Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters, aus „Heidelberger Thesen“, in: G. Howe (Hrsg.) Atomzeitalter — Krieg und Frieden, Frankfurt/M./Berlin 1963, 225.
- 2 Angaben nach SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute), zitiert in FAZ vom 5. 6. 1981.
- 3 Davon gibt eindringlich Zeugnis: Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt 1980, 347-385.
- 4 Nach FAZ vom 13. 1. 1982.
- 5 Nach G. Fochler-Hanke (Hrsg.), Der Fischer Weltatmanach 1981, Frankfurt/M. 1980, Sp. 292. Siehe auch: Der Überblick 17, 1981, 3 — Thema: Armut in der Welt.
- 6 Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1980: Armut und menschliche Entwicklung.
- 7 So das Plädoyer in: Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission Köln 1980.
- 8 Zitiert in: epd-Dokumentation 22/23, 1978, 3.
- 9 B. Moltmann, Militarismus. Ein Problem und seine Bezeichnung, in: ders., Militarismus und Rüstung. Beiträge zur ökumenischen Diskussion, Heidelberg 1981, 101-127, 127.
- 10 R. Falk, Militarization and Human Rights in the Third World, in: A. Eide/M. Thee (ed.), Problems of Contemporary Militarism, London 1980, 207-225.
- 11 Nach: W.-D. Eberwein/P. Sonntag, Globale Sicherheitsprobleme in den nächsten Jahrzehnten. DGFK — PP 36, November 1981, 13.
- 12 Zu dem Programm und seinen Akzenten: B. Moltmann, Das Studienprogramm zur Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten, in: ders., a.a.O. (Anm. 9), 9-21, 17 f.
- 13 H. Holl, Pazifismus. Stichwort in: O. Brunner u. a. (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, 767-787.
- 14 Auf die Schwierigkeit, ökumenische Diskussion nachzuvollziehen, verweist am Beispiel der Entwicklungspolitik: K.-H. Dejung, Die ökumenische Bewegung im Entwicklungskonflikt 1910-1968. Stuttgart/München 1973 (Studien zur Friedensforschung, 11), 67 f.
- 15 Nach: Reports from the World Conference on Faith, Science and the Future, 12.-14. 7. 1979, Cambridge, Mass., Section IX: Science and Technology, Political Power and a More Just World Order.
- 16 Nach: Die Unordnung der Welt und Gottes Heilsplan, Band IV: Die Kirche und die internationale Unordnung, Genf 1948, 260 f.
- 17 J. Herz, Weltpolitik im Atomzeitalter, Stuttgart 1961, 130 ff.
- 18 So die 5. Vollversammlung des ÖRK, in: Bericht aus Nairobi 75, Frankfurt 1976, 192.
- 19 Eine Zusammenstellung und Bilanz liefert: World Council of Churches, Preliminary Report from the Public Hearing on Nuclear Weapons and Disarmament, 23.-27. 11. 1981, Amsterdam.